



Hasspredigten

Herr Groll über Beethovens Abneigung gegen den fanatischen Priester Joachim Haspinger an der Seite von Andreas Hofer, dem Anführer des Tiroler Volksaufstands von 1809 gegen bayerische und französische Besatzung. Erzählung von Erwin Riess

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 22. NOVEMBER 2017 · NR. 271 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

Killerroboter

Die Vereinten Nationen können sich nicht auf ein Verbot von autonomen Waffensystemen einigen

3

Arbeitskampf

Tausende Siemens-Mitarbeiter wollen am Donnerstag in Berlin gegen Stellenabbau demonstrieren

5

Diplomatie

Russland spielt im Syrien-Konflikt seinen Vorteil aus, um ein Ende des Blutvergießens zu erreichen

7

Perspektivwechsel

30 Jahre Antifa im Osten: Auf einer Tagung in Potsdam wird Bilanz gezogen. Ein Gespräch

15

Flagge zeigen gegen Krieg

Bundestag debattiert über Verlängerung von sieben Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Linke-Abgeordnete sorgt für Eklat. **Von Michael Merz**



»Absurd und an Zynismus kaum noch zu überbieten«: Sevim Dagdelen (Linke) fing sich für das Zeigen der YPG-Fahne eine Rüge ein

Diese Republik hat keine Regierung und auch keine in Aussicht. Die Kriegsmaschine jedoch muss geölt werden, das Mitmischen der Bundeswehr auf den Schlachtfeldern und in den Krisenherden der Welt darf nicht pausieren. Das ist der Grund, weswegen das im September gewählte Parlament am Dienstag zu einer Pflichtsitzung zusammenkam und am heutigen Mittwoch erneut debattiert. »Der Terror wartet nicht darauf, dass wir hier zu Potte kommen«, so argumentierte Ursula von der Leyen am Dienstag, um ihre Truppen nicht abziehen zu müssen. Das geschäftsführende Bundeskabinett hatte bereits Mitte Oktober beschlossen, die Einsätze deutscher Soldaten um drei Monate zu verlängern. Die Mandate würden sonst Ende Dezember oder Ende Januar auslaufen. Und das darf nicht passieren, auch wenn mit der SPD eine Partei im Kabinett sitzt, die sich jetzt als der Opposition zugehörig bezeichnet.

Die Liste der laufenden Auslandseinsätze der Bundeswehr ist lang. Sieben sind es an der Zahl, die verlängert werden sollen: im Mittelmeer (»Sea Guardian«), gegen den »Islamischen Staat« (»Counter Daesh«), in Afghanistan (»Resolute Support«), Darfur (Unamid), Südsudan (Unmiss), Mali (Minusma) und Irak. Sie sollen nach dem Willen der abgewählten Bundesregierung von CDU/CSU und SPD zunächst bis Ende März fortgesetzt werden. Um das Prozedere zu gewährleisten, stimmten die Abgeordneten aller Fraktionen mit Ausnahme der Partei Die Linke am Dienstag für die Einrichtung eines Hauptausschusses. Er soll über die Auslandseinsätze befinden, die anschließende Zustimmung der Abgeordneten gilt als ausgemacht. Das Gremium übernimmt bis zur Bildung einer neuen Koalition in der Gesetzgebung die Rolle der regulären Ausschüsse. Die Linke forderte in einem eigenen Antrag, 22 ständige Ausschüsse einzusetzen, dieser Vorschlag fand aber keine Mehrheit.

Die stellvertretende Linke-Fraktionschefin Sevim Dagdelen fing sich in der Debatte um die Aufklärungsflüge von »Tornado«-Kampffjets, die der Bekämpfung des IS dienen sollen, sogleich eine Rüge vom neuen Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble (CDU) ein. Dagdelen hatte den Ausdruck einer Flagge der kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) gezeichnet und gesagt: »Gerade absurd und politisch an Zynismus kaum noch zu überbieten ist, dass die Bundeswehr in ein Kriegsabenteuer gegen den IS geschickt wird und gleichzeitig hier in Deutschland die Fahnen derjenigen verboten werden, die sich dem IS seit Jahren mutig entgegenstellen.« Das Verbot der Kurden-Symbole sei »schändlich«, damit mache sich die Bundesregierung zum »Büttel« des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan. Mit Außenminister Sigmar Gabriel lieferte sich die Linke-Abgeordnete anschließend einen Schlagabtausch.

Auch der Einsatz der Bundeswehr am Hindukusch sorgte für hitzige Wortgefechte. Während sich der AfD-Fraktionschef Alexander Gauland in Ablehnung des Mandats darüber sorgte, dass »afghanische Flüchtlinge auf dem Ku'damm Kaffee trinken« würden, hielt ihm der Grünen-Politiker Jürgen Trittin – seine Partei hatte zusammen mit der SPD vor 16 Jahren den Kampfeinsatz beschlossen – vor: »Hätten wir ernsthaft darauf verzichten sollen, dieses verbrecherische, terroristische Regime auch mit militärischer Gewalt zu stürzen?« Auf die Folgen des Krieges für Millionen von Afghanen machte Heike Hänsel (Linke) aufmerksam und schlussfolgerte: »Die NATO hat in Afghanistan nichts verloren.« Die Truppen aufzustocken und gleichzeitig Flüchtlinge zurück ins Kriegsgebiet abzuschicken sei unmenschlich.

■ Siehe Kommentar Seite 8

Immer mehr US-Bomben auf Afghanistan



Kabul. Die US-Luftwaffe wird Ende dieses Jahres etwa dreimal so viele Bomben über Afghanistan abgeworfen haben wie 2016. Neue Statistiken zeigen bis Ende Oktober schon 3.554 »abgefeuerten Waffen«. Im ganzen vergangenen Jahr hatte die Luftwaffe 1.337 Munitionsabwürfe registriert.

Die Menge der US-Luftangriffe auf Stellungen der Taliban, die mittlerweile wieder rund 13 Prozent des Landes kontrollieren, oder der Dschihadistenmiliz »Islamischer Staat« (IS) steigt seit Monaten rasant. Bis Mitte Oktober waren es nach Militärangaben schon rund 2.400 (2016: etwa 1.000). Zugleich müssen immer mehr zivile Opfer registriert werden. Laut UN stieg in den ersten neun Monaten von 2017 die Zahl der durch Luftangriffe betroffenen Zivilisten im Vergleich zu 2016 um 52 Prozent auf 205 Tote und 261 Verletzte. (dpa/W)

Steinmeier nimmt Parteien ins Gebet

Berlin. Nach dem Scheitern der Sondierungen für eine Koalition von CDU/CSU, Grünen und FDP hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier (SPD) sich mit den Parteichefs von Grünen und FDP getroffen. Einzelheiten der Unterredungen wurden nicht bekannt. Steinmeiers erklärtes Ziel ist es, sie zur Wiederaufnahme der Sondierungsgespräche zu bewegen. Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) rief die Parteien im Parlament zu Kompromissbereitschaft auf.

Aus der SPD-Bundestagsfraktion wurden unterdessen erste Stimmen laut, die den Beschluss der Parteispitze gegen eine erneute große Koalition kritisieren. Deren wirtschaftspolitischer Sprecher Bernd Westphal sagte dem Handelsblatt (Dienstagausgabe), die SPD habe sich »zu weit festgelegt«. SPD-Fraktionschefin Andrea Nahles zeigte sich im ZDF-Morgenmagazin »offen für die Tolerierung einer unionsgeführten Minderheitsregierung.« (dpa/W)

Drei Jahre Haft wegen Plünderungen

Hamburg: 28jähriger nach Beteiligung an Randalen während des G-20-Gipfels verurteilt

In der Serie von Prozessen nach dem G-20-Gipfel in Hamburg gab es am Dienstag das bisher härteste Urteil. Ein 28jähriger, der sich an Plünderungen im Schanzenviertel in der Nacht zum 8. Juli beteiligt hatte, wurde vor dem Amtsgericht der Hansestadt zu drei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt – wegen besonders schweren Landfriedensbruchs, versuchter gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte in acht Fällen. Das Gericht blieb um sechs Monate unter der von der Staats-

anwaltschaft geforderten Haftstrafe von dreieinhalb Jahren. Zuvor war gegen den 21jährigen Niederländer Peike S. mit zwei Jahren und sieben Monaten Haft ein ähnlich hartes Urteil ergangen.

Nach Ansicht des Gerichts hatte der Hamburger über drei Stunden immer wieder Polizisten mit Steinen und Flaschen beworfen und sich an der Plünderung zweier Supermärkte und einer Filiale der Drogeriekette Budnikowsky beteiligt. In ihrer Urteilsbegründung verwies die Richterin auf »gut recherchiertes

Videomaterial« der Polizei, das die Vorwürfe bestätigt habe. Dem Angeklagten half es offenbar nichts, dass er zuvor ein umfassendes Geständnis abgelegt und Reue gezeigt hatte.

Mit einer Bewährungsstrafe war am Montag vergangener Woche ein 19jähriger wegen Beteiligung an Plünderungen in der »Krawallnacht« im Schanzenviertel davongekommen. Er hatte sich nach dem Treffen des Führungspersonals der 19 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer plus EU der Polizei gestellt.

Für den heutigen Mittwoch wird im Fall des Italieners Fabio V., der sich an Demonstrationen gegen den G-20-Gipfel beteiligt hatte, eine Entscheidung des Hanseatischen Oberlandesgerichts über die von einer Amtsrichterinnen verfügte Aussetzung des Haftbefehls erwartet. Die Staatsanwaltschaft hatte umgehend Beschwerde gegen den Beschluss eingelegt (jW berichtete). Fabio V. wird keine konkrete Straftat zur Last gelegt, dennoch sitzt er seit mehr als vier Monaten in Untersuchungshaft.

Kristian Stemmler (mit dpa)

jW wird herausgegeben von 2.079 Genossinnen und Genossen (Stand 6.11.2017)
www.jungewelt.de/lpg

